

„AKTUELLE MENSCHENRECHTSSITUATION IN KUBA“

Konrad-Adenauer-Stiftung, 3.8.2005

Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete am Mittwoch, den 3. August 2005, eine Diskussionsrunde über die „Aktuelle Menschenrechtssituation in Kuba“. Anlass war der dritte Jahrestag des Varela-Projektes, der bislang erfolgreichsten demokratischen Oppositionsbewegung unter der Diktatur Fidel Castros. Direkt im Anschluss wurde die Fotoausstellung „Auch wir sind betroffen. Die Frauen der politischen Gefangenen des kubanischen Frühlings“ von der Organisation „People in Need“ eröffnet.

Das Thema der ersten der beiden Diskussionsrunden, durch die Dr. Frank Buchwald aus dem ZDF-Hauptstadtstudio Berlin führte, lautete „Menschenrechte und Recht auf freie Meinungsäußerung“. Als erster äußerte sich Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der im Mai diesen Jahres aus Kuba ausgewiesen wurde, als er an einer Veranstaltung der demokratischen Opposition teilnehmen wollte. Er kritisierte heftig die aktuelle Politik der EU gegenüber Castro, die seit Anfang des Jahres diplomatische Sanktionen gegenüber der Regierung ausgesetzt hatte. Diese Entscheidung der EU wurde im Verlauf der Konferenz immer wieder kontrovers diskutiert.

Darauf folgte ein kurzes Statement von Dana Baschová von „People in Need“ aus Tschechien, die für die Fotoausstellung verantwortlich ist. Sie verglich die heutige Situation auf Kuba mit der in der ehemaligen ČSSR vor der „Samtenen Revolution“ und hob hervor, wie wichtig moralische Unterstützung aus dem Ausland für die Opposition eines kommunistischen Regimes sei.

Anschließend kam der Initiator des kubanischen Varela-Projektes, Oswaldo Payá Sardiñas, per Telefon zu Wort. Er konnte nicht selbst zur Veranstaltung kommen, da die Regierung ihm die Ausreise verboten hatte. Zunächst schilderte er die menschenunwürdige Situation der politischen Gefangenen auf Kuba, von denen viele wegen ihrer Teilnahme am Varela-Projekt eingesperrt wurden. Er forderte die Teilnehmer der Konferenz auf, sich vor allem mit der momentanen Situation auf Kuba zu befassen. Im nationalen Dialog habe sich gezeigt, dass

Demokratie und eine gerechte Ordnung möglich seien. Dafür aber benötige die Opposition internationale Solidarität und Unterstützung.

Als nächster sprach Wójcik Modelski, Vorsitzender des Zentrums für Theorie und Praxis der Demokratie, der aktiv an der „Solidarność“- Bewegung der 80er Jahre in Polen beteiligt war, und so auch bestätigen konnte, wie wichtig das Interesse der Welt für eine Oppositionsbewegung in einer Diktatur ist. Auch er war im Mai zusammen mit fünf polnischen Journalisten und zwei Abgeordneten des europäischen Parlamentes in Kuba und wurde, wie Vaatz, von der Regierung des Landes verwiesen. Er plädierte vehement dagegen, als Tourist nach Kuba zu gehen, da dieses Geld dem totalitären Regime zukäme, aber für politischen Tourismus, um die Aufmerksamkeit der Medien auf die Missstände im Land zu lenken.

Klaus-Jürgen Hedrich von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach als letzter dieser ersten Gesprächsrunde, und kritisierte wieder die Kuba-Politik der EU. Außerdem wolle er zusammen mit einem Teil der Bundestagsfraktion Payá Sardiñas für den Friedensnobelpreis vorschlagen. Darauf folgten Fragen und Kommentare aus dem Publikum.

Die zweite Diskussionsrunde mit dem Thema „Was kommt nach Castro?“ leitete Markus Meckel ein, SPD-Bundestagsabgeordneter und letzter Außenminister der ehemaligen DDR. Er redete über die Opposition auf Kuba, die im Prinzip nur die Gemeinsamkeit habe, Castro stürzen zu wollen, da die Möglichkeit zum öffentlichen Diskurs fehle. Deshalb sei eine wichtige Frage, wer künftig auf Kuba eine Rolle spiele und wer letztendlich dahinter stünde, auch aus finanzieller Sicht. Seiner Meinung nach sei auch die Frage nach dem späteren Umgang mit der totalitären Vergangenheit entscheidend und - auch innerhalb der demokratischen Opposition Kubas - strittig.

Darauf meldete sich Arnold Vaatz wieder zu Wort, der feststellte, die Alternative zu dieser Diktatur sei nicht zwangsläufig die Demokratie. Daher solle es ein Anliegen der deutschen Außenpolitik sein, die „erwünschte Variante“ zu stärken. Er betonte die Unterschiede zwischen dem ehemals kommunistischen Osteuropa und Kuba. Daher könne die Reaktion der Kubaner nach Castro anders ausfallen als die der Osteuropäer nach der Wende 1989/90. Die

Veränderungen müssten auf jeden Fall von einer breiten kubanischen Öffentlichkeit getragen werden. Von der internationalen Politik forderte er, die kubanische Führungselite nicht weiter zu ermutigen.

Als Nächster sprach der außenpolitische Sprecher der spanischen Oppositionspartei Partido Popular (PP), Francesco Ricoma del Castellarno. Er hob hervor, dass bis jetzt nach jeder Diktatur eine Demokratie aufgebaut worden sei. Die Aufgabe der Welt und der Opposition im Land sei es nun, den Weg bis dahin so kurz wie möglich zu halten. Des Weiteren kommentierte er Spaniens wohlwollendes Verhalten gegenüber Kubas Regierung, das während der vorangegangenen Diskussion schon heftig kritisiert worden war. Er meinte, es gehe der momentanen Regierung vor allem darum, das Gegenteil dessen zu tun, was die Regierung vorher getan hat. Er distanzierte sich von dieser Politik und meinte, Präsident Zapatero habe dem Ansehen Spaniens in der Welt geschadet.

Jan Ruml, der ehemalige Innenminister Tschechiens, forderte auf, dafür zu sorgen, dass das kubanische Volk auf eigenem Weg zur Demokratie finden kann. Er plädierte dafür, die Erfahrungen aus der Transformation der Länder Mittel- und Osteuropas zu nutzen, um Kuba bei dem eigenem gewaltlosen Übergang zu helfen. Dabei legte er seine eigenen Erkenntnisse dar, gab aber zu bedenken, dass Kuba historisch andere Bedingungen vorweist als die Länder des ehemaligen kommunistischen Ostblocks. Er spekuliert, dass Kuba nach Castro eine Übergangsperiode durchmachen werde, die zwar keine Diktatur mehr sein werde, dennoch autoritäre Elemente aufweisen könne. Dies hänge auch damit zusammen, wie die kubanische Opposition nach dem Sturz Castros zusammen arbeiten werde.

Abschließend sprach Julio Hernandez von der Christlich-demokratischen Freiheitsbewegung Kubas über die Opposition im Land. Er bestätigte, dass die einzige Gemeinsamkeit der demokratischen Gegenseite das Verlangen nach dem Sturz Castros sei. Allerdings sei Vielfalt eine Grundvoraussetzung der Demokratie. Er sei davon überzeugt, das kubanische Volk werde die Befreiung selbst in die Hand nehmen. Auch für die Zeit kurz nach Castro stünden schon Pläne bereit, die er kurz darlegte. Bereits die erste Übergangsregierung solle demokratisch gewählt werden. Dennoch könnten natürlich nicht alle Probleme schnell gelöst werden.

Nachdem weitere Kommentare und Anmerkungen des Publikums beantwortet wurden, eröffnete Dr. Werner Böhler, der Leiter des Teams Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Fotoausstellung „Auch wir sind betroffen“ und lud alle Anwesenden dazu ein.

Sabine Dietz